

**„Den Leuten ist es wichtig, dass etwas funktioniert und nicht,
dass sie beteiligt werden“
Raumwissenschaftliche Befunde zur BürgerInnenbeteiligung**

Tatjana Fischer und Verena Peer

Zusammenfassung

Beteiligung dient nicht nur der Herausbildung mündiger BürgerInnen, sondern vor dem Hintergrund knapper werdender kommunaler Finanzspielräume auch der gemeinsamen Suche nach kostendämpfenden Alternativen im Bereich der Daseinsvorsorge. Vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen klaffen tatsächliche kommunale Handlungsspielräume einerseits und die Erwartungshaltungen in Hinblick auf die Entwicklung adäquater Lösungen zur Sicherung bzw. Hebung von Lebensqualität andererseits immer weiter auseinander. Am Beispiel jüngerer empirischer Befunde aus raumwissenschaftlicher Sicht wird der Frage nachgegangen, welchen Stellenwert BürgerInnenbeteiligung in der Entwicklung kleiner Landgemeinden zukommt. Der Schwerpunkt liegt auf: a) dem Aufzeigen von Diskrepanzen zwischen Anforderlichkeit, Art, Umfang und Qualität der Beteiligung unterschiedlicher Anspruchsgruppen und b) der Diskussion der Fragestellung inwiefern Beteiligung zur Hebung der kollektiven Lebensqualität beitragen kann. Aus den unterschiedlichen Forschungsarbeiten geht hervor, dass es der untersuchten Bevölkerung in ländlichen Regionen wichtig ist, dass „etwas in der Gemeinde funktioniert“ und dass sie befragt wird.

Schlagwörter: Raumwissenschaft, BürgerInnenbeteiligung, Lebensqualität, Anspruchsgruppen

**„It is important to the people that it is working, not that they participate“
Achievements in spatial research regarding civil participation**

Abstract

Civil Participation serves the promotion of emancipated citizens but also the search for alternative and cost-friendly solutions regarding the services of general interest. Foremost in rural areas the gap between expectations concerning the enhancement of quality of life and the real possibilities widen. On the example of empirical investigations in the field of spatial research the role of participation in the development of rural communities in Austria has been surveyed. The research focuses on a) the discrepancy between type, necessity and quality of participation processes with different stakeholder groups; b) the question if participation leads to an increase in quality of life for all. The paper concludes that it is important to the inhabitants that „things are working“ and that they can participate.

Keywords: spatial research, participation, quality of life, stakeholders

1. Einführung

„Verstärkte Partizipation in Planungsprozessen erhöht die Akzeptanz und die erfolgreiche Umsetzung von Planungsprozessen“, lautet es im Österreichischen Entwicklungskonzept (2001). Partizipative Planung wird in diesem gesamtösterreichischen Leitbild für die Raumentwicklung synonym verwendet für eine Planung, die wirkungsvoll, erfolgreich, integrierend, raumwirksam – zusammenfassend eine „lernende Planung“ ist (vgl. ÖREK 2011).

Die in der Raumplanung in den letzten 20 Jahren als so-geanntes „Allheilmittel“ propagierte und sich vor allem in Bezug auf Stadtentwicklung etablierende Partizipation wird aus raumwissenschaftlicher Perspektive einerseits als politisches Pflichtprogramm gehandhabt mit der Absicht, in einem demokratischen System die Vielfalt an Ansprüchen und Lebensstilen zu berücksichtigen, andererseits aber als individuelles, demokratisches Recht der Teilhabe, Mitwirkung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens definiert und somit als wichtiger Bestandteil der politisch propagierten Lebensqualität verteidigt.

Den empirischen Befunden zur Beteiligungspraxis ausgewählter Personen- und damit auch Anspruchsgruppen in ländlichen Regionen Österreichs wird im Folgenden ein Exkurs in die planungstheoretische Geschichte der Partizipation vorangestellt. Im Zentrum der Reflexion steht die Frage, ob und inwiefern Partizipation als eine Errungenschaft der Politik bzw. der Planungsdisziplinen im Sinne der Vorsorgeorientierung oder vielmehr als politische und planerische „Notlösung“ einzuschätzen ist.

2. Vom Beplant- zum Beteiligtwerden

Das „Gott-Vater-Modell“ der Planung (vgl. Siebel 1989), welches planendes Handeln als rationale Tätigkeit definiert und dafür wiederum vollständige Information und Widerspruchsfreiheit der Ziele voraussetzt, hat gemäß Hinweisen aus der raumwissenschaftlichen Fachliteratur in den 1980er-Jahren an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Die Ernüchterung basierte nicht nur auf der Erkenntnis, dass auf Basis mangelnder Informationen aller Beteiligten rationale Entscheidungen für die Vorwegnahme und damit Planung von zukünftigen Zuständen nicht möglich sind, sondern auch auf der Einsicht, dass die Art der planerischen Problemstellung der Gesellschaft entspringen und damit mit deren Plu-

ralität und Wertesystemen in Zusammenhang stehen muss (vgl. Reuter 2006).

„Kooperatives Handeln“ wurde zum neuen Steuerungsmodus und „kommunikative Prozessgestaltung“ zur Arbeitsform (vgl. Selle 2004). Die Wandlung hin zu einem kollaborativ-diskursiven Verständnis von Planung erschien anfänglich als Versagen der ehemals streng hierarchisch-rationalen Planung (vgl. Peters 2004), tröstete sich aber dadurch, dass diese Veränderung eine notwendige war, da die Rolle des Staates und der territorial gebundenen Politik fundamentalen Transformationen unterlag: Der Staat wandte sich von seinem umfassenden Steuerungsanspruch ab und orientierte sich hin zu dezentral verteilten, polyzentrischen geordneten Steuerungskompetenzen. Folglich vergrößerte sich die Anzahl und Vielfalt der privaten und öffentlichen AkteurInnen, die Interesse an der Mitbestimmung und Beeinflussung räumlicher Entwicklungen durch Entscheidungen und Investitionen artikulierten. Eine diskursive Gestaltung von Planungsprozessen wurde erforderlich.

Der „communicative turn“ (vgl. Reuter 2006; Healy 1997) ließ auf die Umsetzung des demokratiepolitischen Potenzials der Planung und auf die kollektive Sinnstiftung, vor dem Hintergrund verschiedenartiger Lebensweisen und unter Berücksichtigung moralischer und ästhetischer Gesichtspunkte erarbeiteten Lösungen, hoffen. Partizipation in Planungsprozessen wird fortan als politisches Instrument eingesetzt mit dem Ziel, Chancengleichheit zu befördern und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen (vgl. ÖROK 2011).

Reuter (vgl. 2006) merkt an, dass Beteiligung nicht nur unter einem moralischen und demokratiepolitischen Gesichtspunkt zu sehen sei, sondern auch ein epistemologisches, egoistisches Moment in sich trage: Durch die Einbeziehung des Wissens anderer verringere sich die Wahrscheinlichkeit, mit unerwünschten Folgen konfrontiert zu sein, derentwegen die PlanerInnen zur Verantwortung gezogen werden könnten. Kommunikation und Verständigungsarbeit treten damit an die Stelle eines rein auf wissenschaftlich fundierten Grundlageninformationen fußenden Prozesses. Die Rolle der PlanerInnen veränderte sich: Sie avancierten von klassischen TechnikerInnen zu ModeratorInnen und MediatorInnen.

2.1 Intensitäten der Einbindung in den Planungs- und Entscheidungsprozess

Das kommunikative Planungsmodell kennt unterschiedliche Sphären hinsichtlich der Intensität der

Einbindung der ursprünglich rein „Beplanen“ sowie der Intensität und Effektivität von deren Integration in den Planungsprozess: sich informieren bzw. informiert werden – partizipieren bzw. sich aktiv zu beteiligen („mitreden“) – koordinieren bzw. dazu eingeladen sein, an der Abstimmung der Anliegen teilzuhaben – kooperieren bzw. als Partner in alle Phasen des Prozesses eingebunden zu sein.

Gegenwärtig gilt die Aufmerksamkeit in Raumpolitik und Raumtheorie der Partizipation im Sinne der Beteiligung Dritter an Planungsprozessen. Sie kann von der Erörterung eines Planungsvorhabens über die Mitgestaltung eines konkreten Planungsprozesses bis hin zur tatsächlichen Mitentscheidung etwa über die Wahl einer bestimmten Planungsvariante reichen.

Die Erwartung an partizipative Planungsprozesse waren und sind seitens der Politik als auch der Planung mannigfaltig und drücken sich in der Forderung nach einvernehmlichen, konfliktfreien, effizienten, vernünftigen, gerechten und demokratischen Lösungen aus. Obwohl die Einführung partizipativer Prozesse eine Zunahme an Transparenz (vgl. Haus/Heinelt 2004) in Hinblick auf Inhalt und Ablauf nach sich zog, wird auch Kritik an denselben laut.

2.2 Kritikpunkte partizipativer Planungsprozesse

Beteiligung wird vor allem in jenen Planungsprozessen forciert, deren Ergebnisse keine Selbstbindung der Politik implizieren, wie etwa räumliche Leitbilder oder Entwicklungskonzepte. Gesetzliche Planungsverfahren hingegen begnügen sich mit einem „Minimalprogramm“ an Beteiligung.

Partizipative Prozesse sind häufig durch zementierte Machtstrukturen gekennzeichnet, d. h. Entscheidungsprozesse schließen zwar Kommunikation und Lernprozesse mit ein, werden aber von ungleichen Machtverhältnissen der beteiligten AkteurInnen (mit) bestimmt (vgl. Peters 2004; Selle 1997).

Auf dem Weg zu einer konsensualen Lösung werden reale Probleme häufig auf bearbeitbare (vgl. Neumann 2000) im Sinne eines Auf-den-kleinsten-gemeinsamen-Nenner-Bringens (vgl. Haus/Heinelt 2004) reduziert. Das Resultat sind demnach häufig zustimmungsfähige Leerformeln – Wer kann etwas gegen „mom und apple pie“ sagen? (vgl. Selle 2004) –, die im Vergleich zu kontrovers erörterten Themen hinsichtlich der weiteren Handhabung bequem sind.

Unklare Rollenverteilungen und vage Zieldefinitionen lassen die überhöhten Erwartungen der sich

Beteiligten im Zuge des Beteiligungsprozesses in Enttäuschung münden (vgl. Selle 2004).

Eine Repräsentativität der Anliegen unterschiedlicher Personen- und Anspruchsgruppen lässt sich im Beteiligungsprozess kaum erzeugen: Die sogenannte „Angebots-Kommunikation“ bleibt sozial-selektiv.

Der Prozess der Partizipation bindet jene AkteurInnen nicht mit ein, die schlussendlich entscheidungsbefugt sind. Dies führt zur Frustration der bislang in den Prozess Involvierten (vgl. Selle 2004).

Von den sich Beteiligten wird erwartet, dass sie sich im Interesse des Gemeinwohls zu Wort melden und ihre Einzelinteressen hintanstellen. Dies wird von VertreterInnen von Fachbehörden und Institutionen hingegen nicht verlangt (vgl. Selle 2004).

Offen bleibt weiters die Frage nach der übergreifenden Verantwortlichkeit von im Planungsprozess zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen (beteiligte Privatpersonen und Institutionen) interaktiv getroffenen Entscheidungen sowie der Zusammenführung der unterschiedlichen Standpunkte, Prioritäten und Perspektiven der Beteiligten im Sinne der Re-Integration der Ergebnisse (vgl. Haus/Heinelt 2004).

Während das rationale Planungsmodell dort versagte, wo es um die Entwicklung von Strategien der Erneuerung von bestehenden Systemen im Sinne von Innovation und Motivation geht, versagt das kommunikativ-konsensorientierte Modell dort, wo der Schutz schwacher Gruppen vor Verdrängung durch Stärkere, die Sicherung der Interessen künftiger Generationen und die Umverteilung von Besitz im Zentrum der Betrachtung stehen (vgl. Siebel 2006).

Partizipation subsumiert verschiedenste Intensitäten der Beteiligung und reicht von der Befragung bis zur Mitarbeit im Rahmen der Steuerung von räumlichen Entwicklungsprozessen. Letztere hat die Form kontinuierlicher Kommunikation und stellt damit eine Gratwanderung zwischen Beteiligungsmaximierung (Anzahl der Teilnehmenden) und Effektivitätsoptimierung (erzielter Mehrwert durch Beteiligung) dar.

3. Besonderheiten der Beteiligung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Die meisten der oben genannten Theorien beziehen sich auf Beteiligung in städtischen Räumen, die durch ein großes Reservoir an potenziell an Partizipation Interessierten (Anzahl der EinwohnerInnen) sowie ein in der Regel hohes Versorgungsniveau aller

Tabelle 1: Charakteristika und Besonderheiten strukturschwacher ländlicher Räume. Eigene Darstellung.

| | |
|--|--|
| Naturräumliche Merkmale | Topografie, Exposition |
| | Teils flächenmäßig große politisch-administrative Gebietseinheiten |
| | Lage im Raum, Entfernung zu (klein-)regionalen Zentren (Peripherie, Grenzlage) |
| | Mangelnde Erreichbarkeiten (über-)regionaler Zentren |
| Demografische, wirtschaftliche und sozialräumliche Merkmale | Tendenz zur Alterung und ansatzweise bereits Schrumpfung der Hauptwohnbevölkerung |
| | Selektive Abwanderung junger, gut ausgebildeter Bevölkerung |
| | hohe Auspendlerquoten aufgrund des Zusammenbruchs (klein-)regionaler Arbeitsmärkte infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels |
| | Teils hohe Anteile an NebenwohnsitzerInnen |
| | Fluktuation der Hauptwohnbevölkerung hinsichtlich Anzahl und Zusammensetzung (Erwerbs- und Wanderungsbiografien) |
| Ausdünnung der sozialen Netzwerke vor Ort | |
| Siedlungs- und infrastrukturelle Merkmale | Kleiner Dauersiedlungsraum |
| | Geringe (Siedlungs- und Bevölkerungs-)Dichten |
| | Streusiedlungsstrukturen – Haufendörfer |
| | Weite Wege in großflächigen territorialen Gebietseinheiten |
| | Ausdünnung der Nahversorgungsinfrastrukturen sowie der öffentlichen Verkehrsangebote bedingt durch Veränderung von Raumtüchtigkeit (hoher Stellenwert der Automobilität) und Einkaufsverhalten |
| Anspruchsgruppenbezogene Merkmale | Heterogenisierung der Anspruchsgruppen bei abnehmender Größe der Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung |

Personen- und Anspruchsgruppen gekennzeichnet sind.

Strukturschwache ländliche Räume hingegen lassen sich hinsichtlich ihrer Benachteiligung gegenüber strukturstarken ländlichen bzw. städtischen Räumen durch verschiedenste naturräumliche, siedlungs- und infrastrukturelle Eigenschaften, wirtschaftliche und sozialräumliche Attribute sowie anspruchsgruppenbezogene Besonderheiten charakterisieren (vgl. Fischer 2011a), die in folgender Tabelle zusammengefasst sind.

3.1 Besonderheiten in Hinblick auf Partizipation verschiedener Personengruppen in strukturschwachen ländlichen Räumen – Empirische Befunde aus zwei Forschungsprojekten

Im Folgenden wird am Beispiel junger in steirischen Landgemeinden lebender Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren sowie von Personen im Alter von 50 und mehr Jahren, die in strukturschwachen Landgemeinden des Südburgenlands leben, die Besonderheiten in deren Erwartungen an und den tatsächlichen Beiträgen im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung erörtert.

Die auf die „jungen Frauen“ sich beziehenden empirischen Befunde stammen aus dem Projekt „Gehen oder Bleiben – Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen

Raum der Steiermark“ (vgl. Weber/Fischer 2010), welches aus raumwissenschaftlicher Perspektive deren Lebensqualitäten sowie Erwerbs- und Wanderungsbiografien beleuchtet und danach fragt, welche Handlungsoptionen für die Lokale Agenda 21 als Instrument der ländlichen Entwicklung aus den Erkenntnissen zu den Abwanderungs- und Bleibemotiven junger Frauen resultieren.

Hierfür wurden alle Hauptwohnsitz-gemeldeten Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren in zehn ausgewählten steirischen Landgemeinden mittels standardisiertem Fragebogen zu deren Lebensumständen in deren (damaligen) Hauptwohnsitzgemeinden befragt. Die Grundgesamtheit umfasste 555 Personen, die Rücklaufquote lag bei 17,6 %.

Die Ausführungen bezüglich der Lebensqualität „älterer Menschen“ fußen auf einer Evaluierung der Impactwirkung der Zukunftsdialoge zum Thema „Welche Zukunft hat das Altwerden am Land?“, die im Jahr 2009 in drei südburgenländischen Gemeinden im Rahmen der umfassenden Dorferneuerung geführt wurden.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die in Beteiligungsprozessen wie etwa im Rahmen der Lokalen Agenda 21 bzw. der umfassenden Dorferneuerung erarbeiteten Ergebnisse nicht rechtsverbindlich sind.

Im Rahmen der pro Gemeinde einmalig stattgefundenen Diskussionsabende wurde die ältere Haupt- und Nebenwohnsitzbevölkerung dazu eingeladen, die individuellen Lebensqualitäten vor Ort zu beschreiben und in Hinblick auf die Sicherung beziehungsweise Erreichung eines guten Lebens bis ins hohe Alter für alle, eine gemeinsame Vision für die Wohngemeinden zu entwickeln. Was diesbezüglich zu verändern sei, wurde in den Kleingruppen ebenso erörtert wie Qualitäten, die zu erhalten seien. In den drei Beispielgemeinden war die tatsächliche Beteiligung der über 50-Jährigen gemessen an deren jeweiligem Anteil in den ausgewählten Gemeinden quantitativ gesehen ungleich hoch und umfasste zwischen 22 bis 45 Personen. Dies entspricht – gemessen am Anteil aller Haupt- und NebenwohnsitzerInnen – einer Beteiligungsquote von drei bis fünf Prozent.

Zwei Jahre danach wurde mittels einer leitfadengestützten standardisierten Befragung der Bürgermeister der ausgewählten Landgemeinden erhoben, ob die von der Bevölkerung erarbeiteten Ergebnisse im Rahmen der Zukunftsdialoge bereits politisch umgesetzt werden konnten (vgl. Fischer 2011a).

Beide „Personengruppen“ sind durch die ihnen inhärente Heterogenität hinsichtlich folgender Merkmale gekennzeichnet: Eine zunehmende Individualisierung der Lebensentwürfe und Lebenseinstellungen und die damit verbundenen ausdifferenzierten Ansprüche bzw. das tatsächliche Geltendmachen von Ansprüchen hängen von den Ausbildungswegen, Erwerbs- und Wanderungsbiografien sowie der Verfügbarkeit von Ressourcen wie Zeit, Geld und sozialen Netzwerken ab. Die hohe Raumtätigkeit – bedingt durch die eigene Automobilität – resultiert in einer (relativen) Unabhängigkeit von örtlichen (Nah-)Versorgungsstrukturen. Somit holt sich frau/man das, was sie/er braucht, von woanders.

Lockerungen der räumlichen Bindung an die Herkunftsgemeinde durch zeitlich beschränkte Anwesenheit etwa aufgrund ausbildungs- bzw. berufsbezogener Erfordernisse sowie die zunehmende Außenorientierung hinsichtlich der Versorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs führen zu sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen und Betroffenheiten von räumlichen Veränderungen vor Ort (vgl. Fischer/Peer 2012).

Darüber hinaus existieren unterschiedlichste Auffassungen bezüglich Zumutbarkeiten und Adäquatheit in Bezug auf die Versorgungsqualität vor Ort.

Weiters empfinden junge Frauen wie auch die über 50-Jährigen die Erfordernis, sich für die Wohn-

gemeinde einzusetzen bzw. sich über vor Ort laufende Beteiligungsprozesse zu informieren, sehr unterschiedlich.

3.2 Themenbezogene Hotspots in strukturschwachen ländlichen Räumen und vermuteter Hintergrund für die Forcierung von Beteiligungsprozessen

Die Synthese von raumtypenbezogenen Aspekten und die einzelnen Anspruchsgruppen beschreibenden Eigenschaften macht deutlich, dass es sich im Rahmen der (Weiter-)Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume meist um Fragen des Erhalts der Lebensqualität im Zusammenhang mit (infrastruktureller) Versorgungsqualität dreht.

Lebensqualität als vielschichtige Dimension wird von den verschiedenen Fachdisziplinen in unterschiedlichsten Zugängen erörtert sowie inner- und interdisziplinär kontroversiell diskutiert. In den Raumwissenschaften besteht Konsens darüber, dass sich Lebensqualität aus „objektiven Komponenten“, d. h. von außen messbaren Indikatoren wie etwa Infrastrukturausstattung mit Geschäften des Einzelhandels, und „subjektiven Komponenten“, d. h. subjektiv bewerteten, nicht unmittelbar messbaren Sachverhalten, wie etwa der Zufriedenheit mit dem Angebot an und der Qualität der Infrastrukturausstattung mit Geschäften des Einzelhandels, zusammensetzt.

Die Bewertung der individuellen Lebensqualität erfolgt demnach in Abhängigkeit der Möglichkeiten der Leistungserfüllung vor Ort sowie der Ressourcenverfügbarkeit (finanzieller Spielraum, Automobilität, Verfügbarkeit sozialer Netzwerke). Deshalb bilden sich differenzierte Wahrnehmungen und Betroffenheiten in Bezug auf demografische Veränderungen in der Wohnumgebung und (infra-)strukturellen Wandel aus, der seitens der räumlich fixierten und immobilen Personen in einen Verlust an räumlicher und sozialer Nähe mündet. Die Folgen und Reaktionen sind vielschichtig und reichen von reaktiven räumlichen Verhaltensänderungen wie etwa der Verlagerung von Aktionsradien bis hin zu tiefem Empfinden raumbezogener Defizite als existenzielle Sorge betreffend die Bewältigung des Alltags in Ermangelung externer Unterstützung und eingeschränkter Raumtätigkeit. Dies kann zur Folge haben, dass die Flucht durch die „städtische Hintertür“ angetreten wird bzw. es zur Abwanderung in andere Landgemeinden kommt. Resignation und Enttäuschung angesichts ausweglos erscheinender räumlicher Rahmenbedingungen und politischer Handlungsopti-

onen ist im strukturschwachen ländlichen Raum vor allem unter den immobilien älteren Personen verbreitet (vgl. Fischer 2012). Sowohl sie als auch VertreterInnen anderer Anspruchsgruppen haben sich auf das „System“ verlassen, das in ihren Augen personifiziert in politisch legitimierten, d. h. gewählten politisch Verantwortlichen für sie als auch alle anderen in einer bestimmten räumlichen Bezugsebene lebenden Personen dafür Sorge zu tragen hat, dass die Versorgung für alle gewährleistet ist und bleibt bzw. sich alle weiterhin versorgt fühlen.

An dieser Stelle ist bereits zu bemerken, dass das Ergebnis von Beteiligung in strukturschwachen ländlichen Räumen vielfach formulierte Forderungen nach mehr Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in kostenintensive Bereiche (z. B. Betreuung und Pflege, altersspezifische Infrastruktur für Kinder und junge Erwachsene) sind. Eine Abmilderung (infra-)struktureller Defizite durch die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben durch die Beteiligten selbst steht bei den meisten im Partizipationsprozess Beteiligten nicht zur Diskussion, ebenso wenig die Frage, wie der Prozess zwischen Formulierung der Ziele und Umsetzung derselben – messbar als sichtbare Erfolge – zu gestalten sei.

Die Schere von steigenden und sich weiter ausdifferenzierenden Ansprüchen einerseits und abnehmenden öffentlichen und privaten Handlungsspielräumen andererseits öffnet sich weiter, weshalb strukturschwache ländliche Räume den Anliegen ihrer durch Alterung, Schrumpfung und Heterogenisierung charakterisierbaren Bevölkerung zunehmend hinterherhinken. Dies zeigt sich, sobald Personen in das sogenannte vierte Lebensalter, das durch „Kumulation von Risiken ... im Sinne von Multimorbidität gekennzeichnet ist“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002: 54), eintreten, und die ehemals aus Gründen der persönlichen Lebensqualität gefällte bewusste Entscheidung, „aufs Land“ zu ziehen, die Betroffenen und deren Angehörige in Abhängigkeit von ihrer Verfügbarkeit über Geld und soziale Netzwerke hinsichtlich der Bewältigung ihres Alltags vor große Herausforderungen stellt.

Angesichts dieser Entwicklungen und der seitens der Politik erkannten Handlungserfordernis wird – wie oben im theoretischen Abriss ausgeführt – Beteiligung als „die Lösung“ zur Behebung raumtypenspezifischer Probleme propagiert und am Konzept der Partizipation, d. h. des Ins-Boot-Holens der Betroffenen bei der Skizzierung des Problemaufrisses und der Ableitung von Lösungen konsequent festgehalten. Ein mögli-

cher Hintergrund dafür könnte darin liegen, dass organisierte Beteiligungsprozesse in eine Synthese unterschiedlicher Prioritäten, Perspektiven und Standpunkte unterschiedlicher Bevölkerungs- und Anspruchsgruppen münden sollen und die beteiligten Privatpersonen – konfrontiert mit widersprüchlichen Anliegen – ein gemeinsames Ziel („kleinster gemeinsamer Nenner“) formulieren und die in den Beteiligungsprozessen erarbeiteten Lösungen auch selbst umsetzen.

In Bezug auf Beteiligungsverfahren in strukturschwachen ländlichen Räumen sind demnach folgende Fragen zu beantworten:

Wie ist mit der Diskrepanz zwischen Erforderlichkeit sowie Art, Umfang und Qualität der Beteiligung unterschiedlicher Anspruchsgruppen unter Berücksichtigung von deren Motivation, Lebenslagen sowie der räumlichen Fixiertheit ihrer Lebensmittelpunkte umzugehen? (Defizite als Motivatoren für Beteiligung?)

Welches sind die Folgen des bereits heute gegebenen „mismatches“ zwischen fortschreitender Heterogenität der Anliegen und sich einengenden Möglichkeiten der Wunscherfüllung auf kommunaler Ebene? (Führt Beteiligung zur Hebung kollektiver Lebensqualität?)

Warum wird gerade heute in Bezug auf Beteiligung so viel von den Leuten verlangt? (Spiegelt Beteiligung gesellschaftliche Entwicklungen wider?)

3.2.1 Defizite als Motivatoren für Beteiligung?

Defizite sind nicht die einzigen Beweggründe, sich zu beteiligen.

Die empirischen Befunde zum Abwanderungs- und Bleibeverhalten junger Frauen in der Steiermark (vgl. Weber/Fischer 2010) beispielsweise zeigte auf, dass sich junge Frauen auch aus Angst vor politischen Konsequenzen (z. B. keinen Baugrund in der Gemeinde zu bekommen, falls sie sich kritisch über die politischen GemeindevertreterInnen äußern) in ihren (neuen) Hauptwohnsitzgemeinden nicht beteiligen.

Ein weiteres Kriterium, das auf die konkrete Beteiligung rückwirkt, ist die Kenntnis über lokal bereits laufende bzw. zukünftig angedachte Beteiligungsprozesse. Von 97 zu ihrem Wanderungsverhalten befragten Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren gaben sieben von ihnen an zu wissen, dass es Partizipationsprozesse auf lokaler Ebene – einige hatten Einladungen, sich an der Lokalen Agenda 21 zu beteiligen, erhalten – gibt. An konkreten Hinderungsgründen, sich aktiv zu beteiligen, wurden seitens der jungen Frauen selbst mangelnde Integration und Anteilnahme an den Aktivitäten in der

Wohngemeinde, Zeitgründe, fehlender Glaube an die Umsetzung von im Beteiligungsprozess gemeinsam entwickelten Projekten und Politik(erInnen)verdrossenheit sowie kaum anderwärtiges politisches Engagement in der Gemeinde angeführt. Politische GemeindevertreterInnen hingegen meinen, dass, sofern die lokale Bevölkerung erst einmal erreicht und bereit sei, an Beteiligungsprozessen mitzuwirken, sehr rasch eine Menge Leitbilder erzeugt werde, das Ergebnis – gemessen an konkret angegangenen Projekten – in Relation relativ mager ausfalle. Dies auch deshalb, weil es die beteiligten Privatpersonen nicht gewohnt seien, systemisch komplexe Probleme auseinanderzusetzen sowie prozessorientiert, vorsorgeorientiert und langfristig zu denken, sondern kurzfristig auf ein Thema fokussieren (Weber/Fischer 2010). Eine Motivation, sich zu beteiligen, sind sichtbare Erfolge in absehbarer Zeit.

Keine Rückschlüsse auf die Partizipationsfreudigkeit der Angehörigen von Bevölkerungsgruppen, an die beispielsweise themenzentrierte Beteiligungsangebote adressiert sind, erlaubt das Attribut „höchste abgeschlossene Ausbildung“. Die Bereitschaft, sich tatsächlich zu beteiligen, resultiert vielmehr aus dem Konglomerat an individuellen soziodemografischen und sozialpsychologischen Aspekten und wird von persönlichen Eigenschaften wie etwa Begeisterungsfähigkeit, dem Wunsch etwas zu verändern, sich längerfristig für eine Sache mit gleich bleibendem Einsatz einzusetzen bzw. sich aufgrund der momentanen Lebenssituation überhaupt in der Lage zu sehen, sich in der und für die Gemeinde zu engagieren, überlagert. Dazu kommt, dass die dritte Lebensdekade eine sehr dynamische und von Zeitdruck und Zeitnot geprägte ist, in der im Mittelpunkt des Interesses die eigene Lebenssituation steht (vgl. Weber/ Fischer 2010).

Die Bereitschaft zu partizipieren, entspringt entweder dem Wunsch nach Erhalt der Lebensqualität vor bereits merklichen nachteiligen Veränderungen oder dem Anliegen, die derzeitigen Rahmenbedingungen, in denen sich das tägliche Leben abspielt, zu verbessern. In beiden Fällen setzt sich eine sich beteiligende Person für etwas (z. B. die Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung) bzw. gegen etwas (z. B. den Verlust von Infrastruktur) ein. In jedem Fall wird das Problem treffsicher und scharf skizziert, schwierig hingegen wird es, wenn es an die Übersetzung der Erkenntnisse der Zustandsanalysen in die Handlungspraxis geht.

Unklarheit besteht in der Regel darüber, wie der gemeinsam erarbeitete „Zielzustand“ – vor allem in dynamischen Lebensphasen weiß man/frau eher, was

er/sie nicht will, anstatt zu wissen, was er/sie will – tatsächlich erreicht werden soll. Dies hängt von der heterogenen Zusammensetzung der sich Beteiligenden hinsichtlich ihrer Lebenslage und der Ambition, die hinter der Mitwirkung besteht, zusammen.

In diesem Zusammenhang problematisch wird es, wenn im Partizipationsprozess das Ehrenamt bzw. bürgerschaftliche Engagement als einzige Lösung angesichts des prekären finanziellen Handlungsspielraums der Gemeinde identifiziert wird, da die Mehrheit der sich Nicht-Beteiligenden beziehungsweise Betroffenen bereits auf den Empfang von Leistungen, die auf kontinuierlicher Freiwilligkeit beruhen, angewiesen ist. Damit wird die Ursache vieler, die soziale Kohäsion betreffende, Probleme auch im strukturschwachen ländlichen Raum im Zirkelschluss wieder zur Lösung der Probleme. Ein nicht zielführender Kreislauf wird in Gang gesetzt, der in Überforderung und Frustration sich bereits intensiv und kontinuierlich beteiligender Personen münden kann. Darüber hinaus regt sich beispielsweise in den Älteren im besten Alter, d. h. den 55- bis 65-Jährigen, zwar der Wunsch, etwas Sinnvolles zu tun, sich aber trotzdem nicht (langfristig) binden zu wollen (vgl. Fischer 2011a). Aktives Engagement für andere wird individuell als Bereicherung erlebt. Es beruht auf Freiwilligkeit, und ein etwaiger Rückzug aus der Ehrenamtlichkeit zieht keinerlei „Sanktionen“ nach sich.

3.2.2 Hebt Beteiligung die kollektive Lebensqualität? Eine raumwissenschaftliche Interpretation am Beispiel älterer Menschen

Die Heterogenität der Lebenslagen und Anspruchsgruppen wird in Beteiligungsprozessen nicht vollständig abgebildet.

Nicht alle Personen, die von einer konkreten Herausforderung betroffen sind, können oder wollen sich beteiligen (vgl. Fischer 2011a). Demnach bildet sich der Grad der subjektiv empfundenen Betroffenheit von den (infra-)strukturellen, aber auch sozialen Defiziten der Wohngemeinde nicht unwillkürlich in der Bereitschaft sowie der konkreten persönlichen Beteiligung der Betroffenen ab.

In der Gruppe der Älteren im besten Alter zeigt sich beispielsweise, dass – wie bereits oben angesprochen – persönliche Aspekte wie etwa das Selbstbewusstsein, der Wille, sich zu beteiligen, ebenso mitbestimmen wie das Alter – die „best ager“ unter den NebenwohnsitzerInnen sind besonders aktiv. In den untersuchten

südburgenländischen Gemeinden, wo die angestammte Bevölkerung und Zugezogene jeweils große Grundgesamtheiten bilden, ist zu erkennen, dass sich die autochthone ältere Bevölkerung im Vergleich zu den Zugezogenen „resigniert“ zurückzieht und sich tendenziell von Partizipation ausschließt (vgl. Fischer 2011a).

In Bezug auf die Beteiligung älterer Personen in strukturschwachen burgenländischen Landgemeinden lassen sich die Erkenntnisse aus den drei Zukunftsdialogen zum Altsein und Älterwerden wie folgt zusammenfassen:

Trotz Heterogenität der sich Beteiligten hinsichtlich Herkunft, Alter und räumlicher Fixiertheit war die Repräsentativität der Lebenslagen nicht gegeben. Abgesehen vom „Selbstausschluss“ Nicht-Interessierter bzw. dem Fernbleiben Nicht-Informierter, waren von der Teilnahme an den Veranstaltungen u. a. immobile, körperlich eingeschränkte Personen sowie Nicht-Automobile ohne (fahr-tüchtige) Angehörige, die sie zur Veranstaltung hätten bringen konnten, „ausgeschlossen“.

Zudem zeigte sich ein unterschiedliches Maß an Ernsthaftigkeit hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der Thematik. Dennoch wurde seitens der stark Ortsgebundenen ein treffsicher formulierter Problemaufriss erarbeitet. Dieser mündete nicht in eine sich auf ein einziges Thema konzentrierende, vom Kollektiv der sich beteiligenden Personen ausformulierte Zieldefinition. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Zukunftsdialogen zum Altsein und Älterwerden um ein Mal stattfindende Ereignisse im Beisein der politischen GemeindevertreterInnen handelte.

Die seitens der Teilnehmenden abgeleiteten konkreten Handlungsmaßnahmen hingegen waren konstruktiv, aber vorrangig wunschgeleitet sowie von der Dominanz von Einzelpersonen in den Kleingruppen mitbestimmt. Die inhaltliche Trennung der Arbeitsschritte Skizzierung des Problemaufrisses, Bewertung des Status quo in der Wohngemeinde, Entwicklung von Visionen und Formulierung von Wünschen war mit Unschärfen behaftet – ein Phänomen, das der Auseinandersetzung querschnittsorientierter raumbezogener Themen inhärent ist.

Im Fokus der inhaltlichen Schwerpunktsetzung standen nicht die jeweiligen gemeindespezifischen Herausforderungen wie etwa die sich auflockernde soziale Kohäsion, der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements und die prekäre finanzielle Situation der Landgemeinden, sondern übergeordnete Themenkreise wie Nahversorgung und Mobilität. Am Rande wurden auch

Soziale Netzwerke thematisiert, allerdings abstrahiert von konkreten persönlichen Betroffenheiten.

Wirkungen im Atmosphärischen sind wahrscheinlich. Abmilderungen (infra-)struktureller Defizite dürfen nicht erwartet werden.

Die Kenntnis der Bevölkerung strukturschwacher Landgemeinden über die restriktiven finanziellen kommunalen Handlungsspielräume kann mit Einschränkungen als gegeben angenommen werden, sind doch die Finanzen thematische Dauerbrenner in der Gemeindepolitik.

Die im Rahmen der Zukunftsdialoge seitens der Teilnehmenden erarbeitete Wunschliste an Verbesserungsmaßnahmen kann demnach von der Politik nicht 1:1 abgearbeitet werden. Problematisch wirkt sich aus Sicht der Kommunalpolitiker weiters auch die Kostenintensität der Wünsche bei gleichzeitiger Unter-nutzung, aber auch Überstrapazierung von seitens der Gemeinde bereits offerierter infrastruktureller Angebote (z. B. Taxidienste) aus (vgl. Fischer 2011a).

Deshalb nimmt es nicht wunder, dass es eine große Gruppe an Personen gibt, die sich nicht (mehr) für Beteiligung begeistern lässt: In ihren Augen sind aufgrund der finanziellen Gegebenheiten kaum Verbesserungen der „hard ware“, d. h. der örtlichen Infrastruktur, derart zu erwarten, dass sie auch ihren Ansprüchen genügen. Relevant ist dieser Beisatz in Bezug auf Personen mit bi- bzw. multilokaler Lebensführung, temporär abgewanderte und in die Landgemeinden wieder zurückgekehrte Personen, die an die Annehmlichkeiten der Stadt gewöhnt sind, sowie jene NebenwohnsitzerInnen, die die strukturellen Bedingungen ihres „Freizeitwohnsitzes“ denen ihres Hauptwohnsitzes in einigen für sie essenziellen Punkten gerne anpassen möchten.

Diejenigen Personen, die sich im Bewusstsein objektiv finanziell „ungünstiger“ bzw. „auswegloser“ Bedingungen trotzdem für das Gemeinwohl (= das eigene sowie das der anderen) im Rahmen von Partizipationsprozessen einsetzen, entfalten unwillkürlich Wirkungen im Atmosphärischen: Sie bilden kollektiv – sofern sich ihr Beitrag nicht auf die einmalige Anwesenheit bei einem „Informationsabend“ beschränkt – Kristallisationskerne für die Herausbildung einer Kommunikationsplattform, die sich möglicherweise auch abseits organisierter Veranstaltungen in den Alltag – sofern die Beteiligten auch tagsüber vor Ort präsent sind – hinüberretten lässt. Dies könnte den Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Gesprächskultur bzw. der Stärkung der sozialen Kohäsion im Dorf bilden.

Die in Beteiligungsprozessen wie etwa im Rahmen der Lokalen Agenda 21 bzw. der umfassenden Dorferneuerung erarbeiteten Ergebnisse sind nicht rechtsverbindlich.

Die Unkenntnis bzw. das Verdrängen der Tatsache, dass keine Rechtsverbindlichkeit der Umsetzung der kollektiv erarbeiteten Ergebnisse besteht, führt oft zur Frustration der – sich beispielsweise über längere Zeiträume – an Partizipationsprozessen Beteiligten. Dramatische Auswirkungen auf die Atmosphäre von lokalen Beteiligungsprozessen hat es, wenn beispielsweise die Nachbargemeinde Maßnahmen setzt, die die lokalen Bemühungen torpediert bzw. außer Kraft setzt (z. B. Gemeinde A setzt sich für die Stärkung der Nahversorgung in Form kleiner Geschäfte in den Ortsteilen der Gemeinde ein, Gemeinde B errichtet an der Gemeindegrenze zu A einen nur mit dem Auto erreichbaren Supermarkt). Noch schwieriger wird es, wenn die Bemühungen der von Abwanderung betroffenen Landgemeinden von den Attraktoren der (städtischen) Zentren zusätzlich konkurrenziert werden. Weiters können im Rahmen von Beteiligungsprozessen keine übergeordnet raumsystemwirksamen Entwicklungen (z. B. demografischer Wandel, Abwanderung hoch qualifizierter junger Menschen, die in der Gemeinde bzw. der Region keine adäquate Arbeitsstelle finden) durch Interventionen auf kommunaler Ebene beeinflusst werden.

So manche sich bislang Engagierende bzw. sich (bewusst) nicht Beteiligende fragen sich: „Warum soll ich mich (weiterhin) einbringen, wenn ich ohnehin nichts verändern kann? Wozu habe ich politische EntscheidungsträgerInnen gewählt, die sich für mich den Kopf zerbrechen sollten, anstatt die Verantwortung auf mich abzuwälzen?“

Dies spiegeln auch die Erkenntnisse aus der zweiten in diesem Beitrag zitierten Studie der über das Abwanderungs- und Bleibeverhalten der 20- bis 29-jährigen Frauen in ausgewählten steirischen Landgemeinden wider: Fast die Hälfte der Antwortenden stimmen der Aussage zu, dass es ihnen wichtig sei, dass in der Gemeinde etwas funktioniere und nicht, dass sie befragt würden (vgl. Weber/Fischer 2010).

3.2.3 Spiegelt Beteiligung gesellschaftliche Entwicklungen wider?

Die Menschen haben sich im System eingerichtet. Nun verlassen sie sich auch darauf und vertrauen darauf, dass für sie gesorgt wird.

Die sich in den vergangenen Dezennien stark gewandelten Rahmenbedingungen des Lebens- und Arbeitsalltags in ländlichen Räumen bedingt durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, die steigende Automobilität sowie die relative individuelle Entscheidungsfreiheit für einen bestimmten Ausbildungsweg haben dazu geführt, dass sich die räumliche Fixiertheit der Menschen – freiwillig bzw. gezwungenermaßen – weitgehend aufgelöst hat. Dies sowie die „Annäherung“ des ländlichen an das städtische Wertesystem hatten Auswirkungen auf die Kohäsions- und Einflusskräfte, die eine Dorfgemeinschaft in der Vergangenheit begründet, charakterisiert und zusammengehalten haben, zur Folge.

Über die Zeit verschwand die Anforderung, für ein gemeinsames Ziel „im Dorf“ bzw. der Gemeinde zu kämpfen, weil man/frau sich aus sozialräumlichen Abhängigkeiten gelöst hat und es aufgrund finanzieller Unabhängigkeiten üblich wurde, sich von überall her das holen zu können, was gewünscht wird. Parallel dazu ist die Bereitschaft, für alles zu bezahlen, gewachsen.

Diese scheinbare raumsystemunabhängige Wahl- und Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die eigene (bisherige) Lebensführung – sie wurde unter anderen Rahmenbedingungen wie etwa eigener Fahrtüchtigkeit, höherem Einkommen gestaltet – wird deshalb heute vor allem für jene zum Problem, die finanzielle und/oder gesundheitliche Einschränkungen hinsichtlich ihrer Raumtüchtigkeit hinnehmen müssen und nur mit Mühe den Alltag im zunehmend infrastrukturell ausdünnenden strukturschwachen Raum bewältigen können.

Sie wie auch viele andere verlassen sich darauf, dass „das System“ sie gewiss nicht fallen lassen wird, die letzte Buslinie – sofern man/frau sie überhaupt brauchen wird – sicher nicht gestrichen und Essen auf Rädern auch im hintersten Ort weiterhin zugestellt werden wird. Gleichsam dem Motto folgend: „Die Politik wird es schon richten.“

Dennoch machen sich auch in manchen politischen EntscheidungsträgerInnen strukturschwacher Landgemeinden Resignation und Ohnmacht breit, da es an finanziellen Mitteln und rechtlichen Kompetenzen mangelt.

4. Herausforderungen der Beteiligung an informellen Planungsprozessen

Der Wandel sozialpsychologischer Aspekte hin zu mehr Selbstbewusstsein und Mündigkeit sowohl der

älteren als auch der jungen Landbevölkerung könnte als partizipationsfördernd identifiziert werden. In Hinblick auf den Mut, Themen anzusprechen, die belasten, aber im Alltag nicht ausgesprochen werden, sowie die Möglichkeit zu nutzen, sich mit anderen Personen und PolitikerInnen in geordnetem Rahmen und abseits der „Amtsstuben“ offen und hinsichtlich der Lebenslagen und Anliegen gleichberechtigt auszutauschen, ist dies zu bejahen.

Schwierig wird es hingegen, wenn die Diskussion um räumliche Leitbilder und den Weg vom Problem zur Lösung die Erkenntnis der Erforderlichkeit von (mehr) Eigeninitiative bringt – zumal eine kritische Reflexion der Forderung nach mehr „Zivilgesellschaft“ mit dem Widerspruch zwischen dem Anliegen, etwas Sinnvolles tun zu wollen, ohne sich gleichzeitig zu binden, behaftet ist. Eine ernstliche Auseinandersetzung der Thematik bringt zwangsläufig die Diskrepanzen zwischen Forderungen und eigenem Lebensstil ans Licht.

Mit der Fertigstellung des Leitbilds, d. h. der Entwicklung einer „Vision der Gemeinde für die Gemeinde“ (vgl. Fischer 2011a) endet meist der Auftrag der externen BegleiterInnen der Beteiligungsprozesse. Um Projekte dann auch wirklich „anzugehen“, mangelt es – neben den erforderlichen finanziellen Mitteln – oftmals an tatkräftigen Einzelpersonen unter den Beteiligten, die mittelfristig dazu bereit sind, als Zugpferde zu fungieren und „das Heft in die Hand zu nehmen“. Auch deshalb harren die in Partizipationsprozessen kollektiv erarbeiteten Ergebnisse eines geordneten Herantragens an die politischen EntscheidungsträgerInnen, zumal ein seitens der BürgerInnen an die KommunalpolitikerInnen herangetragenenes konzentriertes, gebündeltes Interesse „mehr Gewicht“ hat.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Synthese der obigen Ausführungen in Hinblick auf die Zukunft von Partizipation in strukturschwachen ländlichen Räumen ist als Plädoyer für einen differenzierteren, sorgsameren Umgang mit dem Thema Beteiligung aufzufassen.

Der Bevölkerung ist es wichtig, „dass Etwas in der Gemeinde funktioniert“ und dass sie befragt wird.

Beteiligung entfaltet Wirkungen eher im Atmosphärischen im Sinne der Artikulation von Anliegen sowie des Austausches mit anderen Personen, denen man/frau im Alltag nicht begegnet, denn in der konkreten Beteiligung in Form von „Handanlegen“ an und

„Mittragen“ von alternativen Lösungen. Trotzdem wird sie seitens der Politik gerne als Möglichkeit gesehen, um bei den Leuten Bewusstsein dafür zu schaffen, dass vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels und der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in Zukunft nicht länger in kostenintensive altersgruppenbezogene Infrastrukturlösungen investiert werden wird (können).

Damit sich partizipative Prozesse auch in strukturschwachen ländlichen Räumen in Zukunft erfolgreich (weiter) entwickeln können, wird es notwendig sein, deren „Kraft“ bzw. Reichweite den Teilnehmenden bereits vor dem Start klar darzulegen. Um Enttäuschungen der interessierten und sich freiwillig beteiligenden Personen zu vermeiden, muss deshalb offen kommuniziert werden, dass sich durch dieses Instrument (infra-)strukturelle (Ausstattungs-)Defizite nicht beheben lassen werden können, es allerdings wichtig sei, die verschiedenen Zustandsbilder der Lebensqualität einer immer heterogener werdenden Bevölkerung – hierbei müssen sowohl die Anliegen der örtlich fixierten, immobilen Hauptwohnsitzbevölkerung als auch der räumlich Unabhängigen bzw. multilokal Wohnenden sowie altersgruppenspezifische Anliegen gehört werden – zu erheben. Diese können dann nach Maßgabe der Möglichkeiten und Kompetenzen in die Ausarbeitung der politischen Stoßrichtung der jeweiligen Kommune eingehen.

Um die lokale Bevölkerung in den Gemeinden auch weiterhin für Beteiligung gewinnen zu können, ist es letztlich wichtig, dass seitens der (Landes-)Politik der Bevölkerung signalisiert wird, dass die Ergebnisse der in den vielen Landgemeinden parallel laufenden Prozesse auch tatsächlich (im Land) politisch diskutiert werden und darauf aufbauend ein inhaltlich-strategischer „Prioritätenplan“ bzw. „Arbeitsplan“ für die kommenden Jahre (Legislaturperioden!) unter Berücksichtigung der Umsetzungserfordernisse, Umsetzungswahrscheinlichkeiten und Umsetzungsmöglichkeiten einschließlich gemeinde-übergreifender bzw. regionaler Lösungsansätze erstellt wird.

Zudem sollten die Ergebnisse an die Bevölkerung Mithilfe unterschiedlicher Informationsformate zurückgespielt werden (vgl. Fischer 2011a).

In Bezug auf die raumwissenschaftliche Beteiligungsforschung ist anzumerken, dass die Raumplanung immer auf der Suche nach Anspruchsgruppen, sogenannten „Kollektiven“ innerhalb in sich heterogener werdenden Bevölkerungsgruppen ist. Neben den

Gemeinsamkeiten hinsichtlich deren Ansprüche an den (unmittelbaren) Lebensraum sucht sie auch nach den Unterschieden, um vorsorgeorientiert ein definiertes Territorium zu ordnen, zu entwickeln und zu gestalten. Deshalb ist es nicht ausschließlich wichtig, dass sich möglichst viele Personen an einem Partizipationsprozess beteiligen, sondern möglichst viele Personen unterschiedlichster Lebenslage.

Trotzdem muss bei der Auswertung der Beiträge der sich Beteiligten deren räumliche Fixiertheit und Betroffenheit von räumlichen Entwicklungen mitberücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass sich dem Blickwinkel der nicht räumlich Geschulten die komplexen räumlichen Ursache-Wirkungs-Gefüge und deren langfristige Konsequenzen entziehen bzw. nicht im subjektiven Interesse liegen. Die Dimension Zeit spielt in der Auseinandersetzung von Fragen der langfristigen Sicherung der Lebensqualität kaum eine Rolle. Sie beschränkt sich auf die Bewertung der Gegenwart und nimmt damit kurzfristige Maßnahmen (für andere, die sie bereits heute brauchen) in den Blick – auch deshalb, weil Themen wie etwa Altsein und Älterwerden auf individueller Ebene gerne verdrängt werden. Behutsamkeit ist in diesem Zusammenhang auch im Umgang mit den kollektiv erarbeiteten Szenarien geboten, weil sie vielfach auf Suggestivfragen aufbauen und das künftige Ergebnis des dynamischen Zusammenspiels von raumstrukturellen, raumfunktionellen und atmosphärischen Aspekten vor dem Hintergrund (heute noch) nicht absehbarer übergeordnet raumwirksamer Entwicklungen vielfach nicht zu erfassen vermögen. Deshalb ist die Ausgestaltung des Prozesses, der ausgehend vom heutigen Startpunkt zum erwünschten Zielzustand führt, selten Gegenstand freiwilliger Auseinandersetzung. Dies auch deshalb, weil sie die Erforderlichkeit von Selbstbindung sichtbar macht und zudem zur Reflexion eines etwaigen Wandels der individuellen Lebensumstände zwingt. Auch deshalb wird der Weg zur sorgenden Gemeinde noch ein weiter sein.

In Hinblick auf das Einflussvermögen von Partizipationsprozessen auf das Abwanderungs- bzw. Bleibeverhalten junger wie älterer Bevölkerung ist deshalb festzustellen, dass Beteiligung im Atmosphärischen wirkt und damit festigend und integrationsfördernd wirken kann. Bindewirkung entfalten sie nicht, wenn die Stellung im Lebenszyklus eine räumliche Veränderung (z. B. die Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz) bzw. sich abrupt ändernde Lebensumstände (z. B. nach dem Tod des (Ehe-)Partners in einem großen

Haus allein zurückbleiben) eine räumliche Neuordnung bzw. Umorganisation des täglichen Lebens erforderlich machen.

Hinsichtlich der Optimierung von BürgerInnenbeteiligungsprozessen wird z. B. mit Fokus auf die junge Landbevölkerung angeregt, durch gezielte persönliche Einladung viele Personen unterschiedlichster Lebenslage für die Teilnahme an z. B. Zukunftsdialogen zu gewinnen, die sehr handlungsbezogen gestaltet werden und in weiterer Folge auch in „rasch“ umsetzbare Einzelprojekte münden müssen. In diesem Zusammenhang muss der Wert und die Erforderlichkeit einer generationen- und geschlechtergerechten Vorgangsweise – im Sinne der Kommunikation der Umsetzbarkeit der erarbeiteten Lösungsvorschläge – herausgestellt werden.

Die Wechselwirkungen zwischen Raumstruktur, Raumwahrnehmung und Raumverhalten manifestieren sich auf individueller Ebene erst, wenn der persönliche Aufwand für die Alltagsorganisation bzw. Alltagsbewältigung als mühevoll sowie zeit- und kostenintensiv erlebt wird. Die daraus resultierenden Lebensqualitätseinbußen sind nur zum Teil Treiber für Beteiligung. Wenn Betroffene sich zu Beteiligten machen, ist seitens der Professionisten, die diese Prozesse begleiten, davon auszugehen, dass die sich beteiligende Bevölkerung weder in komplexen Raumbezügen noch in die Zukunft gerichtet denkt und sich letztlich darauf verlässt, dass im Anlassfall „das System“ für sie sorgt. Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft führt weiters dazu, dass vor allem in strukturschwachen Landgemeinden Ansätze, die auf Bedarfsorientierung abzielen, schwierig zu entwickeln sind und deren Treffsicherheit von der kontinuierlichen Unterstützung durch das Kollektiv in Form konkreter Nachfrage abhängt.

Jede Landgemeinde zeichnet sich durch Besonderheiten hinsichtlich deren gesellschaftlicher und atmosphärischer Struktur und Funktionalität und Wirtschaftskraft aus. Deshalb sind die Erfolge, die durch BürgerInnenbeteiligung zur Sicherung und Hebung der Lebensqualität aller erzielt werden können, sehr unterschiedlich.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2002): *Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger* –

- unter besonderer Berücksichtigung dementieller Erkrankungen. Berlin.
- Fischer, T. (2012): *Wahrung von Lebensqualität im Alter in strukturschwachen ländlichen Räumen im Spannungsfeld von subjektiven Möglichkeiten und objektiven Bedingungen*. Vortrag im Rahmen des Forschungskolloquiums „ISPA – Forschung in der Diskussion“, 11.07.2012, Universität Vechna.
- Fischer, T./Peer, V. (2012): Zeit und Wissen – zwei zentrale Bestimmungsgrößen in der Raumplanung. *Ländlicher Raum*, 01/2012, 1-15.
- Fischer, T. (2011a): *Der Beitrag von Zukunftsdialogen zur Sicherung der Lebensqualität älterer Menschen im strukturschwachen ländlichen Raum des Südburgenlands*. Gefördert von der Burgenlandstiftung – Theodor Kery, Eisenstadt.
- Fischer, T. (2011b): *Überblick über die Veränderung der demographischen Strukturen im ländlichen Raum*. Vortrag im Rahmen der ÖIR-Plattform „Breite Straßen zu leeren Häusern – Demographischer Wandel auf dem Land und in der Suburbia“, 18.10.2011, Urania, Wien.
- Fischer, T. (2010): Dealing with critical masses and new collectives – A new challenge in securing quality of life of the older generation in rural areas in Austria. In: Academy for Spatial Research and Planning (ARL) (Ed.): *Challenges of European Spatial Development: Young Professionals' and Researchers' Perspectives*. *European Young Professionals' Forum Conference Documentation*, 33-36.
- Healy, P. (1997): Planning Through Debate: The Communicative Turn in Planning Theory. In: Campbell, S./ Feinstein, S. (Ed.): *Readings in Planning Theory*. Cambridge: Wiley-Blackwell, 234-258.
- Haus, M./Heinelt, H. (2004): Politikwissenschaftliche Perspektiven auf den Stand der Planungstheorie. In: Atrock, U./Günter, S./Huning, S. (Hg.): *Perspektiven der Planungstheorie*. Berlin: Leue G, 167-186.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hg.) (2002): *Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2001)*. Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hg.) (2011): *Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2011)*. Wien.
- Selle, K. (2004): Kommunikation in der Kritik? In: Müller, B./ Löb, S./Zimmermann, K. (Hg.): *Steuerung und Planung im Wandel*. Festschrift für Dietrich Fürst. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 229-256.
- Selle, K. (1997): *Planung und Kommunikation. Anmerkungen zur Renaissance eines alten Themas*. disP 129, 40-47.
- Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Wandel der Planung. In: Selle, K. (Hg.): *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*. Dortmund: edition Stadt/Entwicklung, 195-209.
- Siebel, W. (1989): Zukünftige Perspektiven der Stadtentwicklung. In: DASL – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hg.): *Planung oder Anpassung? Fragen an künftige Stadt- und Regionalplanung*. Landesgruppe Niedersachsen-Bremen, Bericht 11. Hannover, 83-93.
- Peters, D. (2004): Zum Stand der Planungstheorie. In: Atrock, U./Günter, S./Huning, S. et al. (Hg.): *Perspektiven der Planungstheorie*. Berlin: Leue G, 5-20.
- Reuter, W. (2006): Rittel revisited: oder von der Notwendigkeit des Diskurses. In: Selle, K. (Hg.): *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*. Dortmund: edition Stadt/Entwicklung, 210-224.
- Weber, G./Fischer, T. (2010): *Gehen oder Bleiben – Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark*. Studie im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung durchgeführt am Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, Universität für Bodenkultur Wien. Graz.